

<https://www.diepresse.com/5800602/der-traum-vom-einkommen-ohne-arbeit/>? 15.04.2020

Die Coronakrise lässt die Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen wieder aufleben. Jetzt, wo nicht nur der klassische Arbeitsmarkt darniederliegt, sondern auch Tausende Freiberufler und Einpersonen-Unternehmen von jeglicher Einnahmenquelle abgeschnitten sind, haben wir sie wieder: Die Diskussion über die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). Im deutschen Bundestag liegt seit Mitte März eine Petition vor, die die zeitlich begrenzte Einführung eines BGE zur Abfederung der Coronakrisenfolgen verlangt. Und, so wird argumentiert, Spanien sei ja auch gerade dabei, so etwas zu verwirklichen, sogar der Papst habe es neulich bei seinem Ostersegen vorgeschlagen. Letzteres stimmt so natürlich nicht: [Der Papst hat ein Grundeinkommen für alle verlangt, die in prekären Verhältnissen leben](#). Also das, was wir etwa in Österreich mit der bedarfsorientierten Grundsicherung und in Deutschland mit Hartz IV längst haben. Und Spanien plant genau das: eine bedarfsorientierte Grundsicherung. Von „bedingungslos“ ist da nirgends die Rede. Wobei das, worüber derzeit die Deutschen diskutieren, also ein auf die Zeit der Krise begrenztes BGE, gar nicht so abwegig wäre: Es würde einfach vorübergehend die diversen Krisenhilfen entbürokratisieren.

Anders sieht die Sache aus, wenn es zur Dauerlösung wird. Am Beispiel Österreichs: Ein Tausender pro Monat und Einwohner kostet rund 100 Milliarden Euro im Jahr. Das entspräche, sagen die Befürworter, in etwa den Sozialausgaben, es wäre, wenn es diese ersetzt, also nur eine Umverteilung. Stimmt. Unter „Sozialausgaben“ versteht die BGE-Lobby aber auch großteils versicherungsbasierte Leistungen wie Pensionen oder Gesundheitsausgaben. Es gäbe dann also keine Pensionen mehr, obwohl die Pensionsbeiträge (unter anderem Titel) weiterlaufen müssten. Und keine Krankenkassen. Weil aber niemand vom monatlichen Tausender seine Arztrechnungen bezahlen kann, müsste man zur Steuerfinanzierung des Gesundheitssystems zusätzlich rund 20 Milliarden im Jahr eintreiben. Von denen, die dann noch arbeiten. Klingt nicht sehr nachhaltig, oder? Und wird damit wohl eine Sozial-Träumerei bleiben.

2.

<https://www.diepresse.com/5811253/kann-staatsgeld-fur-alle-wirklich-funktionieren/>? 08.05.2020

Kann Staatsgeld für alle wirklich funktionieren?

Auch das finnische BGE-Experiment bleibt die Antwort schuldig.

Zum richtigen Zeitpunkt hat Finnland nun den Endbericht über sein Grundeinkommen-Experiment vorgelegt: Die schwere Arbeitsmarktkrise befeuert ja auch bei uns die Diskussion um die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE).

Die Ergebnisse aus Finnland werden die BGE-Apologeten freuen: Die Teilnehmer am Experiment waren zufriedener, weniger depressiv und hatten weniger Stress als der Rest der Arbeitnehmer. Und Auswirkungen auf das Arbeitsmarktverhalten gab es so gut wie nicht. Soll heißen: Niemand hat Arbeit abgelehnt, nur weil er das BGE hatte.

Wunderbar, sagen die BGE-Apologeten. Funktioniert also doch. Die Leute sind zufriedener und arbeiten weiter, das muss es uns doch wert sein.

Die Sache hat nur einen kleinen Haken: Das Experiment war das, was man hierzulande „für die Fisch“ nennt. Konkret wurden 2000 ausgewählten Arbeitslosen jeweils rund 500 Euro im Monat überwiesen und deren Verhalten beobachtet. Es war also kein „Grundeinkommen“, denn von 500 Euro kann man auch in Finnland nicht leben. Es war nicht bedingungslos, denn Voraussetzung war Arbeitslosigkeit. Und es war zeitlich auf zwei Jahre begrenzt.

Um herauszufinden, dass jemand zufrieden ist, wenn er 500 Euro zusätzlich vom Staat bekommt, hätte man keine Studie gebraucht. Und um festzustellen, dass sich niemand in die Hängematte wirft und die Arbeit hinschmeißt, wenn er weiß, dass der monatliche Fünfhunderter ein Ablaufdatum hat, muss man wohl auch keinen großen Feldversuch starten.

Die Kernfragen des BGE wurden mit dem finnischen Experiment also gar nicht angeschnitten. Sie lauten: Wie viele Menschen steigen wirklich aus dem Arbeitsprozess aus, wenn sie ein Grundeinkommen erhalten, das zum – wenn auch bescheidenen – Leben reicht? Und: Wer soll das bezahlen? Zur Erinnerung: Ein BGE von 1000 Euro im Monat würde in Österreich hundert Mrd. Euro im Jahr kosten. Lässt man Krankenversicherung und Pensionen bestehen, locker 160. Damit wären fast die gesamten Staatseinnahmen weg. Noch Fragen?

3.

<https://www.diepresse.com/5855527/grundeinkommen-der-traum-vom-finanziellen-schlaraffenland?>

21.08.2020

Jetzt wird auch in Deutschland die Machbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens getestet. Ähnliche Experimente sind zuvor schon in Finnland und Kanada gescheitert. Aus gutem Grund. In Finnland ist das Experiment erfolglos abgebrochen worden, ebenso in Kanada. Jetzt versuchen die Deutschen herauszufinden, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) funktionieren kann: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ist gemeinsam mit dem Verein Mein Grundeinkommen gerade auf der Suche nach Probanden, die drei Jahre lang bedingungslos (aus Spenden finanzierte) 1200 Euro im Monat erhalten werden. Und nach einer Vergleichsgruppe.

Man wolle, hieß es diese Woche in einer DIW-Aussendung, herausfinden, „wie ein bedingungsloses Grundeinkommen Menschen und Gesellschaft verändert“. Man wolle wissen, was es „mit Verhalten und Einstellungen macht“. Und damit – auf streng wissenschaftlicher Basis – „die theoretische Debatte in die soziale Wirklichkeit überführen“.

Wir nehmen das Ergebnis hier einmal ganz unwissenschaftlich vorweg: Die Bezieher der bedingungslosen 1200 Euro werden, wie zuvor in Finnland und Kanada, zu Protokoll geben, sie seien weniger gestresst und zufriedener als vorher. Und das wird es gewesen sein.

Denn das bedingungslose Grundeinkommen lässt sich im wirklichen Leben nicht simulieren. Man kann es nur einführen und schauen, was passiert. Ein gewagtes Experiment mit offenem Ausgang. Oder man lässt es bleiben.

Der Kern des Ganzen ist nämlich die Frage, ob die Bezieher eines solchen Grundeinkommens ihre gewohnte Lebensweise beibehalten, oder ob sie sich massenhaft auf die faule Haut legen. Daran hängt die gesamte Finanzierung, zumindest dann, wenn es nicht gleichzeitig einen großen Systemwandel in der Sozialstaatsfinanzierung gibt. Denn bezahlt wird das BGE ja in so gut wie allen vorliegenden Modellen aus den bisherigen Mitteln des Sozialstaats. Und die werden, zumindest im derzeitigen System, praktisch ausschließlich aus Steuern und Abgaben auf Arbeit aufgebracht. Weniger Beschäftigte, weniger Einnahmen, so einfach ist die Rechnung.

Diese Kernfrage nach dem Arbeitsverhalten der Grundeinkommensbezieher ist durch solche Experimente, und seien sie methodisch noch so korrekt wissenschaftlich aufgezogen, aber nicht beantwortbar. Ganz einfach deshalb, weil diese zeitlich begrenzt sind. Wer weiß, dass der Geldsegen nach drei Jahren wieder aufhört, wird wohl schwerlich seinen Job kündigen, auch wenn dieser wenig befriedigend und schlecht bezahlt ist. Was möglicherweise anders aussieht, wenn in Aussicht gestellt wird, dass das Geld lebenslang fließt.

Man wird also auch nach Ende der deutschen Studie nicht wirklich wissen, ob und wie sich das Arbeitsmarktverhalten der Grundeinkommensbezieher im Ernstfall verändern würde. Was man dagegen schon heute relativ klar sehen kann, sind die Probleme bei der Finanzierung: 1200 Euro im Monat (zwölfmal) ergibt in Deutschland rund eine Billion Euro im Jahr, in Österreich an die 130 Milliarden Euro.

Das sind jeweils rund zwei Drittel der gesamten Staatseinnahmen (einschließlich Sozialversicherungsbeiträge). Wenn man die gesamten Sozialstaatsausgaben für das Grundeinkommen umwidmet, geht sich das also rein rechnerisch aus. Vorausgesetzt natürlich, dass nicht zu viele ihren Job hinschmeißen.

Die Frage ist freilich, ob beispielsweise den 42 Prozent der Deutschen, die sich in einer Umfrage für die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens ausgesprochen haben, wirklich klar ist, was das bedeutet. Die „Umwidmung“ müsste nämlich, um auf die notwendige Summe zu kommen, auch die Pensions- und Krankenversicherungsbeiträge umfassen. Pensionen und Krankenkassen in der heutigen Form gäbe es dann nicht mehr.

Bei den Pensionen könnte man noch sagen: Gut, deklarieren wir das Grundeinkommen eben ganz einfach zur 1200-Euro-Volkspension um.

Aber: Wie rechtfertigt man dann weiter die üblichen Pensionsbeiträge, die zur Finanzierung ja notwendig sind? Und: Was passiert mit dem Gesundheitssystem? Mit 1200 Euro im Monat werden sich private Arzt- und Krankenhausrechnungen eher schwer ausgehen. Und eine Steuerfinanzierung

dieses in Österreich mehr als 20 Mrd. Euro umfassenden Sektors wird aus dem verbliebenen Drittel der Staatseinnahmen wohl nicht zu machen sein.

Das sind eigentlich viel essenziellere Fragen als die, ob Geld vom Staat die Bequemlichkeit befördert. Und ein paar andere Details wären natürlich auch noch zu klären. Beispielsweise die Frage nach der Inflation. Wenn nämlich der – von den Befürwortern gewünschte – Effekt eintritt, dass unangenehme und schlecht bezahlte Arbeiten deutlich besser entlohnt werden müssen, weil ja niemand um 1200 Euro netto Fenster putzen geht, wenn er dasselbe bedingungslos auf die Hand bekommt, dann wird sich das im Preisniveau niederschlagen. Was dazu führt, dass die 1200 Euro bald nicht mehr zum Leben reichen. Und dann?

Man sieht: Wer über ein bedingungsloses Grundeinkommen redet, der sollte zuerst ein wirklich schlüssiges Finanzierungskonzept vorlegen. Im derzeitigen System wird das schwierig werden. Das DIW-Experiment gibt auf diese Fragen jedenfalls keine Antworten.

Wir haben übrigens längst ein funktionierendes Grundeinkommen über unser Sozialsystem. Bedingungslos ist es halt nicht. Sondern auf die zugeschnitten, die es wirklich brauchen. Ob man dieses bewährte Sozialsystem zugunsten eines Experiments mit ungewissem Ausgang kippt, sollte man sich wohl sehr gut überlegen. Und vor allem mit fundierten Zahlen unterlegen. Statt mit der Wiederholung von schon mehrmals gescheiterten Experimenten.

4.

<https://www.diepresse.com/5895516/politiker-und-das-kleine-einmaleins/> 10.11.2020

Sollten Landesräte die Grundrechnungsarten beherrschen?

Die grüne Tiroler Soziallandesrätin, Gabriele Fischer, hat diese Woche zur Abfederung der sozialen Corona-Folgen die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens gefordert. Der Grünen-Politikerin würde dafür ein Betrag von 1.700 Euro netto im Monat vorschweben. 14-mal im Jahr, wie wir aufgrund österreichischen Brauchtums annehmen. Das Ganze, ließ Frau Fischer verlauten, sei „finanzierbar“. Wie, sagte sie leider nicht. Wir müssen also selbst nachrechnen.

Also: 1.700 Euro mal 14 mal 7,5 Millionen Erwachsene macht 178,5 Mrd. Euro im Jahr. Dazu kämen, weil BGE-Konzepte normalerweise das halbe Grundeinkommen für Kinder vorsehen, 850 mal 14 mal 1,5 Millionen für die unter 15-Jährigen im Lande. Macht noch einmal 17,85 Mrd. Euro.

Der Staat müsste für die bedingungslose Grundversorgung der in Österreich Lebenden also schlappe 196 Milliarden Euro lockermachen. Im Jahr. Das wären etwas mehr als die gesamten österreichischen Staatseinnahmen einschließlich Kranken- und Pensionsversicherung und mehr als das Doppelte der Steuereinnahmen des Bundes.

Klingt „finanzierbar“, nicht? Der Staat müsste dann nur noch neue Steuern zur Finanzierung der Verwaltung, der Schulen, der Infrastruktur, des Gesundheitswesens, der Länder und Gemeinden, der Landesverteidigung und anderer Kleinigkeiten einführen. Nichts leichter als das!

Diese Bildungsmisere...

Das führt uns jetzt zu einer bitteren Erkenntnis: Wenn wir freundlicherweise davon ausgehen, dass das nicht nur so dahergeredet ist, müssen wir feststellen, dass sich die Bildungsmisere schon bis in höchste Ämter vorgefressen hat und das kleine Einmaleins nicht mehr Voraussetzung für ein Amt in einer österreichischen Landesregierung ist.

Ganz im Ernst: Wir schlittern gerade in eine sehr unangenehme Arbeitsmarktlage hinein. Man wird durchaus Überlegungen anstellen müssen, wie wir die bestehenden Grundeinkommensformen – etwa Mindestsicherung – dafür adaptieren können. Aber man muss deshalb nicht gleich den Boden verlieren. Auch wenn es derzeit so aussieht, als käme das Geld ohnehin von der EZB.